



Presseschau vom 07.06.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/ nachts:

de.sputniknews.com: **Ukraine: Billboards mit „Verräter“-Liste erschienen auf der Straße**
In der ukrainischen Stadt Cherson sind Plakate mit Fotos und Personalien von Bürgern aufgestellt worden, die Kiew für „Verräter“ hält.

Wie der Ex-Abgeordnete der Werchowyna Rada (ukrainisches Parlament), Alexej Schurawko, am Mittwoch auf seinem Facebook-Account schrieb, sind die Werbeschilder mit den Worten „Du hast dein Volk verraten und arbeitest für Okkupanten“ beschriftet.

Darunter stünden Fotos, Adressen, Personalien und andere Informationen über „Verräter“.

Auch Schurawko habe sich selbst auf dieser Liste finden können.

„Von einem solchen ukrainischen Inlandsgeheimdienst SBU, der zum Siegestag (im zweiten Weltkrieg – Anm. d. Red.) ein Rundschreiben, dass ‚Hitler für die Ukraine besser als Stalin war‘, herausgegeben hat, der Unschuldige zu Aussagen nötigt und Mörder von einfachen Menschen und unserer Heimat deckt, ist dieses Billboard sogar ein Kompliment“, schrieb der Ex-Abgeordnete.

Nach Angaben des ukrainischen TV-Senders „Magnolia TV“, der seine eigene Ermittlung unternommen haben soll, geht diese Initiative tatsächlich vom SBU aus.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat die Ukraine wegen der Veröffentlichung einer so genannten Verräter-Liste mit den Namen der Journalisten als inakzeptabel bezeichnet.

Wie der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Harlem Desir in seinem Brief an die Regierung in Kiew schrieb, soll das Land so etwas nie wieder zulassen.

Am 30. Mai hatte die Sprecherin der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft, Larissa Sargan, eine Liste mit insgesamt 26 Personen veröffentlicht, die die ukrainischen Sicherheitsdienste wegen des fingierten Mordes an dem russischen Journalisten Arkadi Babtschenko kritisiert hatten. Auf der Liste stehen auch mehrere Journalisten.

Vorige Woche hatte die ukrainische Polizei mitgeteilt, dass der Journalist Arkadi Babtschenko mit Schusswunden am Rücken in seiner Kiewer Wohnung aufgefunden worden und auf dem Weg ins Krankenhaus gestorben sei. Russland, andere Staaten und internationale Organisationen verurteilten das Attentat und forderten von Kiew eine Aufklärung. SBU-Chef Wassil Grizak beschuldigte Geheimdienste Russlands, einen Mordanschlag auf Babtschenko in Auftrag gegeben zu haben. Das Attentat sei jedoch durch den SBU verhindert worden. Die Inszenierung sei nötig gewesen, um die Anschlagpläne zu enttarnen.



<https://pbs.twimg.com/media/DfBJ7XvX4AA0ffh.jpg>

de.sputniknews.com: **UN-Sicherheitsrat gibt Erklärung zu Ukraine ab – Moskau begrüßt „wichtiges Signal“**

Der UN-Sicherheitsrat hat am Mittwoch die Verletzungen der Feuerpause im Osten der Ukraine verurteilt und zur Erfüllung der Verpflichtungen zum Minsker Abkommen aufgerufen.

„Der Sicherheitsrat verurteilt die andauernden Verletzungen der Feuerpause, insbesondere unter Einsatz der von den Minsker Abkommen verbotenen schweren Waffen“, hieß es in der Erklärung der Organisation.

Denn der Einsatz solcher Waffen führe zum „tragischen Tod von Menschen, darunter auch von Zivilisten“.

Der Sicherheitsrat forderte zudem, dass die Verpflichtungen zur Truppenentflechtung erfüllt sowie schwere Waffen gemäß der Minsker Abkommen abgezogen werden.

Das russische Außenministerium hat die Erklärung der Vereinten Nationen begrüßt. Das sei ein „wichtiges Signal“ an Kiew, damit es seinen Verpflichtungen nachkomme.

„Die Minsker Maßnahmen bleiben die alternativlose Grundlage zur Regelung des innerukrainischen Konflikts. Eine effektive Lösung der Krise in der Ukraine ist nur auf dem friedlichen politisch-diplomatischen Wege durch einen direkten Dialog Kiews mit Donezk und Lugansk möglich“, so die Behörde weiter.

Es sei zudem symbolisch, dass diese Erklärung zu einer Zeit gemacht worden sei, in der

Russland den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat innehat.

[Ukrinform.ua: UN-Sicherheitsrat verabschiedet Erklärung zur Sicherheitslage in der Ostukraine](#)

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat Verschlechterung der Sicherheitslage verurteilt und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine unterstützt.

Der Rat sei „tief besorgt über die jüngste Verschlechterung der Sicherheitslage in der Ostukraine“ und ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, heißt es in einer Erklärung des Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrates, die am Mittwoch angenommen wurde. Das Gremium verurteilte auch „die anhaltenden Verstöße gegen die Waffenruhe“ mit Einsatz von schweren Waffen, was viele Opfer, auch unter Zivilisten, zur Folge hatte. Der Sicherheitsrat forderte den sofortigen Abzug schwerer Waffen gemäß den Vereinbarungen von Minsk. Der Rat sprach sich auch für verstärkte Humanitäre Hilfe für den Region aus und erklärte seine volle Unterstützung für die Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Ukraine.

Die Vereinten Nationen unterstützten in der Erklärung die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine. Sie riefen auch zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung auf.

Im letzten Punkt der Erklärung bestätigte der Sicherheitsrat ihre „volle Unterstützung“ für seine Resolution 2166 (2014) bezüglich des Abschusses des Passagierflugzeuges von Malaysia Airlines mit Flugnummer MH17.

[de.sputniknews.com: Ex-Nato-Chef Rasmussen verrät: So lange bräuchte Russland, um Ukraine zu besetzen](#)

Der ehemalige Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat verraten, wie lange Russland ohne Beteiligung der Militärallianz brauchen würde, um die Ukraine zu besetzen. Rasmussen zeigte sich zugleich großzügig, was einen möglichen Beitritt Russlands zur Nato betrifft.

„Wenn Russland es wollte, könnten russische Truppen die Ukraine in wenigen Tagen besetzen, obwohl die Ukraine ihre militärischen Kapazitäten in den vergangenen zwei bis drei Jahren in Reaktion auf den Angriff auf sein Staatsgebiet signifikant aufgestockt hat“, sagte Rasmussen in einem Interview gegenüber der „Welt“.

Doch der russische Präsident Wladimir Putin werde auf dieses Mittel gar nicht erst zurückgreifen. Denn Putin hoffe, die „Annäherung der Ukraine in die euro-atlantische Gemeinschaft bereits gestoppt zu haben“, so der Ex-Nato-Chef weiter.

Auf einen „massiven russischen Panzerangriff“ sei die Nato definitiv vorbereitet. Doch der beste Weg, den Frieden zu erhalten, bestehe darin, den potenziellen Gegner möglichst glaubwürdig abzuschrecken.

Zugleich betonte Rasmussen aber, Russland könnte „grundsätzlich jederzeit der Nato beitreten“ – vorausgesetzt, das Land erfülle die dafür vorgesehenen Kriterien. „Bis dato liegt der Nato aber keine entsprechende Bewerbung seitens Moskaus vor, und um ehrlich zu sein, halte ich es auch nicht für besonders wahrscheinlich, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird.“

[Dnr-online.ru: Um 20:15 hat der Gegner das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja** eröffnet.](#)

Nach vorläufigen Informationen wurde in der Folge des Beschusses eine Hochspannungsleitung beschädigt.

Derzeit hat die Donezer Filterstation keinen Strom, teilte die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

Wir erinnern daran, dass seit dem heutigen Tag die OSZE-Mission das verstärkte Monitoring des Schichtwechsels der Mitarbeiter der DFS eingestellt hat. Im Zusammenhang damit ist die derzeitige Schicht einen zweiten Tag vor Ort geblieben.

vormittags:

de.sputniknews.com: Irak erhält Dutzende T-90-Panzer aus Russland

Der Irak lässt seine Armee planmäßig umrüsten. Nun hat eine Panzerbrigade 39 Panzer des Typs T-90C aus Russland erhalten, wie das irakische Verteidigungsministerium am Donnerstag mitteilte.

„Es sind 39 Panzer T-90C angekommen. Sie wurden auf zwei Panzerbataillone der Brigade verteilt“, hieß es in der Mitteilung des Ministeriums. Zuvor seien irakische Soldaten unter der Leitung von russischen Beratern eigens dafür trainiert worden.

Russland und der Irak haben im Jahr 2017 Lieferverträge für diese Panzer unterzeichnet. Die erste Lieferung ist im Februar dieses Jahres eingetroffen.

Laut dem Jahresbericht des Rüstungsunternehmens Uralwagonsawod wird der Irak insgesamt 73 Panzer erhalten. Der Irak, dessen Armee sich aktiv gegen die Terrormiliz Daesh* einsetzt, hatte zuvor auch russische Kampfhubschrauber des Typs Mil Mi-28 und Mi-35, Erdkampfflugzeuge Su-25 sowie Kurzstrecken-Flugabwehrraketen-Systeme Panzir-S1 und gepanzerte Mehrfachraketenwerfer TOS-1 Buratino gekauft.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben **fünfmal** in den letzten 24 Stunden die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij, Kalinowo, Pankowka, Losowoje und Molodjoshnoje**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Heißer Draht zu Putin: Fragestunde mit Kremldchef**

Der russische Präsident Wladimir Putin stellt sich am Donnerstag live direkten Fragen der Landsleute. Seit seiner ersten Amtszeit 2000 steht Putin bereits zum 16. Mal so Rede und Antwort. Fragen gehen per Anruf, SMS und Internet ein. Auch gibt es Video-Zuschaltungen aus diversen Teilen Russlands.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum von 06. Juni 3:00 bis 07. Juni 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo, Jasinowataja**.

Gestern Abend wurde in der Folge eines Mörserbeschusses die Hochspannungsleitung beschädigt, die die Donezker Filterstation versorgt.

Wir erinnern daran, dass die OSZE-Mission seit dem gestrigen Tag das verstärkte Monitoring während des Schichtwechsels der Mitarbeiter der DFS eingestellt hat. Die diensthabende

Schicht ist für den zweiten Tag dort geblieben.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 37. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 143.

de.sputniknews.com: Russland pumpt zusätzliche 1,3 Milliarden Euro in Waffenentwicklung
Die Abänderungen im russischen Jahreshaushalt sehen eine Budgetaufstockung um etwa 1,3 Milliarden Euro vor, um Projekte zur Entwicklung von neuen Waffen zu finanzieren. Das hat der Chef der parlamentarischen Rüstungskommission, Wladimir Gutenew, am Donnerstag bekanntgegeben.

In den Landmaschinenbau, die Autoindustrie und andere Wirtschaftsbranchen sollen demnach weitere 650 Millionen Euro fließen.

Die Staatsduma (das Unterhaus des russischen Parlaments) korrigiert derzeit den Haushalt für das laufende Jahr sowie für die nächsten zwei Jahre.

Dan-news.info: „Energietechniker des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“ haben 32 Stromleitungen repariert, 270 Unterstationen, Transformatorunterstationen und Verteilungspunkte, die aufgrund des gestrigen Sturms ausgefallen waren, wieder ans Netz angeschlossen, mehr als 5000 Einwohner der DVR haben damit wieder Strom“, teilte der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der DVR mit.

Die Reparaturbrigaden haben in Gorlowka, Jenakiewo, Sneshnoje, Tores und anderen Ortschaften gearbeitet. Die grundlegenden Arbeiten sind abgeschlossen, die Reparaturen an lokalen Abschnitten gehen weiter.

de.sputniknews.com: „Wie lange dulden wir das noch?“, Trucker ruft Putin direkt an
Russlands Präsident Wladimir Putin hat das aktuelle Wachstum von Benzinpreisen in Russland kommentiert.

„Ich bin mit Ihnen einverstanden: Das, was nun passiert, ist unzulässig. Das ist nicht richtig. Aber man sollte dabei nicht vergessen, dass es das Ergebnis einer, gelinde gesagt, ungenauen Regelung ist, die in der letzten Zeit im Energiebereich eingeführt wurde“, so Russlands Präsident.

So antwortete Putin auf eine Video-Frage des Lkw-Fahrers Alexej Karawajew aus Sankt Petersburg. Dieser hatte wie folgt gefragt: „45 Rubel (0,61 Euro) pro Dieselöl. Wie lange kann man das noch dulden? Es ist bereits jetzt unmöglich, stoppen Sie dies irgendwie.“

Dnr-online.ru: Die Donezker Filterstation hat wegen Beschüssen der ukrainischen Streitkräfte keine Stromversorgung. Dies teilte heute der stellvertretende Minister für Städtebau und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew mit.

„Gestern Abend um 21:35 wurde die Stromversorgung der DFS aufgrund von Kampfhandlungen unterbrochen. Die Wasserversorgung erfolgt über die Werchne-Kalmiusskaja-Filterstation. Die Wasserversorgung im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk ist um 50% reduziert. Die Funktion der Station wird nach der Wiederherstellung der Stromversorgung wieder aufgenommen unter der Voraussetzung, dass die Reparaturarbeiten abgestimmt werden“, berichtete Witalij Kishajew.

Dnr-online.ru: Mitteilung der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination

Gestern Abend ist mit persönlicher Unterstützung des stellvertretenden Leiters der OSZE-

Mission Alexander Hug die Zustimmung des Leiters der Mission Ertugul Apakan eingetroffen, dass eine spezielle Patrouille für ein verstärktes Monitoring für die Evakuierung des Personals der DVR und die Stilllegung der Station zur Verfügung gestellt wird. Die Evakuierung des Personals der Station ist für heute um 10 Uhr geplant.

Die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess hat bei der Gewährung der notwendigen Sicherheitsgarantien und der Heranziehung des Zivilschutzministeriums zur Durchführung für Entminungsmaßnahmen Unterstützung geleistet.

Wir merken an, dass, wie anzunehmen war, die Mitarbeiter der Station sich geweigert haben, einen Schichtwechsel über die Straße N20 ohne unmittelbare Anwesenheit einer OSZE-Patrouille durchzuführen. Die Führung von Woda Donbassa hat die Entscheidung getroffen, die Station solange stillzulegen, bis eine alternative sichere Variante des Schichtwechsels der Mitarbeiter gefunden wird.

Außerdem hat die Leitung von Woda Donbassa die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass der maximale Zeitraum des Stillstands der Station fünf Tage beträgt, wenn eine humanitäre Katastrophe verhindert werden soll.

In diesem Zeitraum müssen die Seiten eine Kompromisslösung finden, die für das Leben des Personals beim Schichtwechsel ohne unmittelbare Beteiligung der OSZE-Mission, wie es sie vom 22. April bis 6. Juni gab, sicher ist.

Derzeit tauschen die Seiten bei persönlicher Unterstützung des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission A. Hug bereits mögliche Varianten alternativer Prozeduren für den Schichtwechsel in der DFS aus.

Die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess bringt alle ihr möglichen Anstrengungen ein, um möglichst operativ eine sichere Kompromisslösung auszuarbeiten.

de.sputniknews.com: Einwohner des russischen Fernen Ostens: „Wir fühlen uns nicht als Teil Russlands“

Einwohner des russischen Fernen Ostens haben sich bei Präsident Wladimir Putin beschwert, dass sie sich von Russland isoliert fühlen. Dabei geht es in erster Linie um die Verkehrsanbindung der Region. Wegen sehr hoher Ticketpreise haben die Menschen fast keine Chance, durch das Land zu reisen.

„Wir, Menschen des Fernen Ostens, fühlen uns nicht als Teil Russlands. Wir wollen durch unser Land reisen, unsere Verwandten besuchen, Urlaub auf den Kurorten der Krim und des Krasnodarer Gebiets machen“, sagte Olga Nikitina, eine Volontärin, die aus der Region Primorje nach Moskau gekommen ist.

„Wir können uns das aber wegen enorm hoher Ticketpreise nicht leisten“, sagte die Frau. Sie sprach auch die Problematik der Arbeitsplatzsituation in der Region an.

Dnr-online.ru: In Debalzewo fand eine Theatervorstellung „Eine gute Fabel – für Kinder als Hinweis“ zur Sicherheitsprophylaxe bei Aktivitäten der Kinder im Sommer statt. Dies teilt der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit.

Methodiker der Abteilung für Organisations- und Breitenarbeit und Methodik und die Schüler des Theaterzirkels „Serkalo“ des Jugendhauses „Junost“ bereiteten mit Unterstützung des Zivilschutzministeriums der DVR und des IKRK eine Vorstellung für Schüler der frontnahen Bezirke von Donezk und Debalzewo vor.

Das Zivilschutzministeriums erinnert die Einwohner der DVR ein weiteres Mal an die Regeln bei der Entdeckung eines explosiven Objekts:

- sich den Ort, wo sich das Objekt befindet, gut merken;
- Warnschilder oder eine Absperrung um das Objekt anbringen (hierfür können alle möglichen Materialien, die zur Hand sind, verwendet werden – Latten, Stangen, Zweige, Seile, Stoffstreifen usw.);

- sofort den Rettungsdienst oder die Polizei über den gefährlichen Fund informieren. Bei der Entdeckung eines explosiven Objektes sowie anderer verdächtiger Objekte (Mobiltelefone, Taschenlampe, Spielzeug usw.) an unerwarteten Orten ist folgendes kategorisch verboten:
- das Objekt anzufassen, darauf zu schlagen, zu versuchen es auseinander zu nehmen;
- das Objekt irgendwie zu bewegen oder zu verschieben;
- das Objekt in ein Feuer zu werfen oder zu versuchen es anzuzünden;
- das Objekt mitzunehmen und zum Altmetall zu geben.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Gratulation des Oberhauptes der DVR zum Tag des Sozialarbeiters

Liebe Freunde!

Ich gratuliere Ihnen zum Berufsfeiertag – dem Tag des Sozialarbeiters der Donezker Volksrepublik!

Die Arbeit der sozialen Dienste ist für unseren Staat sehr wichtig. Heute, da sich die Republik im Kriegszustand befinden, wo versucht wird, uns mit verschiedenen Blockaden zu ersticken, ist es unmöglich, die Rolle der Sozialarbeiter, die Bedeutung Ihrer Arbeit überzubewerten. Sie helfen Menschen, oft retten Sie Leben. Sie sind immer dort, wo die Menschen Sie brauchen und kümmern sich um die, die Hilfe lebensnotwendig benötigen.

Gerade Sie realisieren ein grundlegendes Prinzip der Donezker Volksrepublik in der Praxis – die soziale Orientierung. Das Volk ist das Wichtigste für unseren Staat. Und in dieser Beziehung liegt eine besondere Mission zum Voranbringen dieser sozialen Politik bei Ihnen. An Ihrem Berufsfeiertag will ich Ihnen für Ihre tägliche Arbeit zum Wohl der Republik, für die Arbeit zum Wohl unserer Bürger danken! Dank für die Arbeit, Freunde! Zum Feiertag!
Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Alexandr Sachartschenko

de.sputniknews.com: „Schwere Folgen“: Putin warnt Ukraine vor Provokation während Fußball-WM

Russlands Präsident Wladimir Putin hofft darauf, dass Kiew während der Fußball-Weltmeisterschaft keine Provokationen im Donbass unternehmen wird. Andernfalls wird dies schwere Folgen für die ukrainische Staatlichkeit haben.

Der russische Schriftsteller Sachar Prilepin sprach als Berater des Chefs der selbsterklärten Republik Donezk seine Befürchtungen bezüglich der Situation in der Ukraine aus. Ihm zufolge könnte die ukrainische Armee die Fußball-WM 2018 ausnutzen und aktive Kampfhandlungen im Donbass eröffnen.

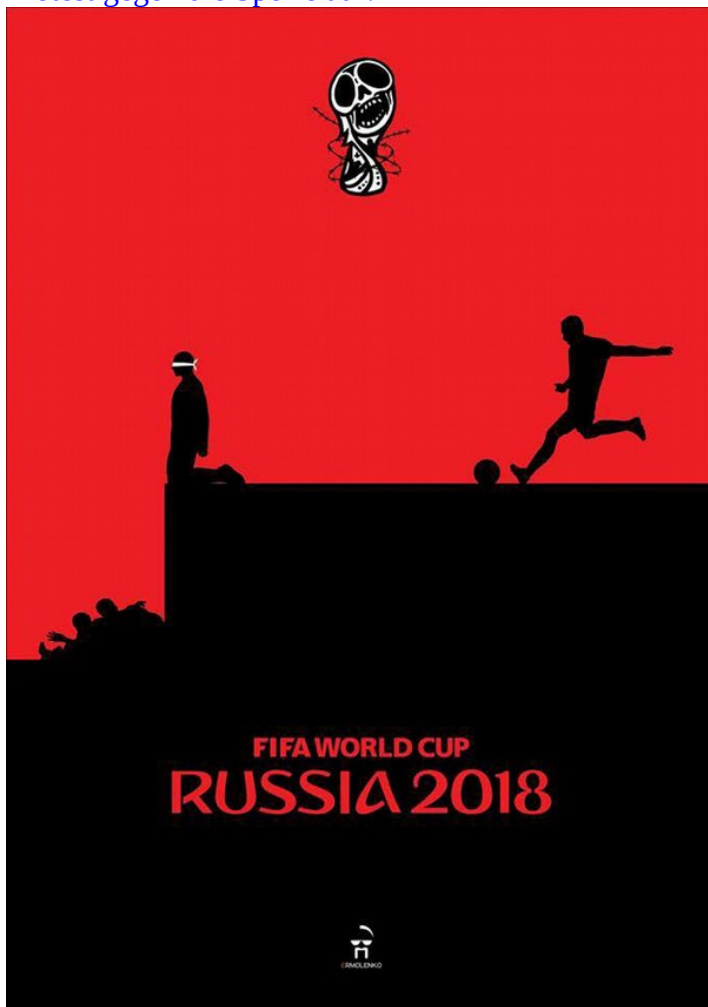
„Ich hoffe, dass es nicht zu solchen Provokationen kommen wird. Falls dies passiert, wird es aus meiner Sicht sehr schwere Folgen für die ukrainische Staatlichkeit im Ganzen haben“, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin.

Die Fußball-Weltmeisterschaft findet vom 14. Juni bis 15. Juli 2018 in elf russischen Städten statt: Moskau, Kaliningrad, St. Petersburg, Kasan, Wolgograd, Nischni Nowgorod, Samara, Saransk, Rostow am Don, Sotschi und Jekaterinburg....

Ukrinform.ua: „Blut“-Plakate zu Fußball-WM in Russland: Facebook sperrt ukrainischen Künstler

Facebook hat den ukrainischen Künstler Andriy Yermolenko wegen seiner alternativen Plakate zu Fußballweltmeisterschaft in Russland gesperrt.

Den Account von Yermolenko wurde auf Beschwerden der Nutzer blockiert, schreiben Freunde des Künstlers auf Facebook. In seinen Werken gebe es nichts außer der Wahrheit, und sei es klar, für wen sei die Wahrheit unangenehm, so Nikita Titow. Die Freunde rufen zum Protest gegen die Sperre auf.



[https://static.ukrinform.com/photos/20](https://static.ukrinform.com/photos/2018_06/1528362095-6362.jpg)

[18_06/1528362095-6362.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_06/1528362095-6362.jpg)

Lug-info.com: „Am 7. Juni 2018 um 10:30 wurden in der Folge eines Mörserbeschusses (Kaliber 82mm) auf **Golubowskoje** im Gebiet der Perwomajskaja-Straße **sechs Passagiere eines Linienbusses unterschiedlich schwer verletzt**“, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

„Die Verletzten wurden in das Stadtkrankenhaus von Kirowskoje gebracht. Genauere Informationen werde noch ermittelt“, fügte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

de.sputniknews.com: **Putin rät Kiew: Besser aufhören mit Volksberaubung und Geldparken in Steueroasen**

Die Regierung in Kiew sollte laut Wladimir Putin damit aufhören, das ukrainische Volk zu berauben und Geld auf Offshore-Konten zu überweisen. Er äußerte außerdem seine Entfremdung über Kiews Blockade-Politik in der umkämpften Region Donbass.

„Wenn die Machthaber in der Ukraine auch weiter ihr Volk berauben und das Geld in Steueroasen überweisen werden, kann das zu nichts Gutem führen“, erklärte Putin während der öffentlichen Fragestunde am Donnerstag in Moskau.

Dabei beteuerte er, dass Russland sein Bestes tun werde, um das Problem der umkämpften Region Donbass im Osten der Ukraine im Rahmen der Minsker Vereinbarungen zu regeln.

Gleichzeitig äußerte Putin sein Erstaunen über das Herangehen der Ukraine, die auf dem von ihr beanspruchten Territorium im Donbass „eine komplette Blockade organisiert“ und Menschen, die sie für ukrainische Bürger halte, unter Beschuss nehme.

„Wozu das, wenn man einfach den Weg der Minsker Vereinbarungen gehen müsste?“, fragte Putin.

Die ukrainischen Behörden hatten im April 2014 eine militärische Operation gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk begonnen, die ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Anlass dafür war der nationalistisch geprägte Umsturz in Kiew, bei dem Präsident Viktor Janukowitsch entmachtete wurde. Laut den Vereinten Nationen sind bei dem bewaffneten Konflikt in der Ostukraine mehr als 9.400 Menschen ums Leben gekommen.

Dnr-news.com: Russland wird die DVR und die LVR auch weiterhin unterstützen, erklärte Putin

Russland erweist den Republiken LVR und DVR Unterstützung und wird diese auch weiterhin leisten, erklärte der Präsident der RF Wladimir Putin im Verlauf des „Heißen Drahts“ am Donnerstag,

„Wir sehen, was dort passiert und wir sehen auch, wie die Menschen dort alles ertragen. Wir unterstützen beide nicht anerkannten Republiken und werden das auch weiterhin tun“, sagte Putin.

de.sputniknews.com: Verboten Russland nun auch Instagram und Youtube? Putin antwortet
Nach der Blockade des Kurznachrichtendienstes Telegram versichert der russische Präsident Wladimir Putin, dass Instagram und Youtube nicht das gleiche Schicksal ereilen wird. Ein Fragesteller wollte wissen, ob Instagram und Youtube in Russland auch gesperrt werden könnten:

„Ich verstehe Ihre Besorgnis und die Besorgnis der Menschen, mit denen Sie im Internet arbeiten. Wir werden nichts schließen“, sagte Putin am Donnerstag während einer TV-Fragestunde mit Bürgern.

„Ich kenne die Situation um Telegram sehr gut. Was soll ich dazu sagen? Sie haben gesagt, dass Sie besorgt sind. Aber ich mache mir meinerseits auch Sorgen um die Sicherheit der Menschen. Wenn Vertreter von Geheimdiensten sagen, dass sie nach den Explosionen in der St. Petersburger U-Bahn den Schriftverkehr von Terroristen nicht verfolgen konnten, weil er verschlüsselt war, und die Terroristen davon Gebrauch machten, wie soll ich da reagieren?“, so Putin.

Die Sicherheitsfragen würden dem russischen Staatschef zufolge auf der Prioritätenliste stehen.

mil-Inf.info: Außerordentliche Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR A. Marotschko

Ukrainische Terroristen haben wieder wortbrüchig von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen gegen die friedliche Bevölkerung der LVR eingesetzt.

Heute um 10:30 haben ukrainische Strafruppen zielgerichtet das Feuer aus ein Passagierbus, der auf seiner Strecke in Golubowskoje fuhr, eröffnet. Sechs friedliche Einwohner wurden unterschiedliche schwer verletzt. Die Verletzten wurden medizinisch versorgt.

Nach vorläufigen Informationen wurde aus dem Gebiet von Nowotoschkowskoje von den Positionen der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher und Henker des ukrainischen Volks Oberst Grusewitsch ist, geschossen. Ich wende mich ein weiteres Mal an die internationale Gemeinschaft, die internationalen Beobachter und auch an alle, denen das Schicksal der Einwohner des Donbass nicht gleichgültig ist, harten Druck auf die Kiewer Regierung auszuüben. In der Folge der

ukrainischen Aggression leiden weiter völlig unschuldige friedliche Bürger. Außerdem rufen wir die internationalen Beobachter auf, das Verbrechen festzuhalten und eine sorgfältige Untersuchung durchzuführen. Sie müssen erreichen, dass die Banditen zur Verantwortung gezogen werden. Die Einwohner des Donbass sind die blutigen Angriffe der Ukrofaschisten leid und fordern deren Bestrafung.

de.sputniknews.com: Putin zu „Sanktionen gegen Lettland“ aufgefordert
Russland wird auch weiterhin nachdrücklich die Arbeit zur Verteidigung der Rechte und Interessen der Landsleute in den baltischen Ländern fortsetzen – allerdings mit Maßnahmen, die die Lage dieser Menschen nicht verschlechtern. Dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin den Bürgern während der Fragestunde.
Während des direkten Drahts ist eine Anfrage eingegangen, in der der Präsident gebeten wird, „Maßnahmen gegen Lettland zu ergreifen“ und „Sanktionen“ zu verhängen, weil in diesem baltischen EU-Land der Unterricht in russischer Sprache verboten wird.
„Die Mittel, mit denen wir die Interessen unserer Landsleute verteidigen, müssen so sein, dass ihre Lage dadurch nicht erschwert wird. Daher führen wir den Dialog mit unseren Partnern in der Europäischen Union. Ich hoffe, dass sie sich letztendlich schämen werden, dass sie, indem sie auf die Verletzung der Menschenrechte außerhalb der Grenzen der Europäischen Union achtgeben, die Rechte der Menschen, die gerade auf dem Territorium der EU leben, so grob zu verletzen erlauben. Das ist gerade der Fall, bei welchem unser Volk sagt: ‚Man sieht wohl den Splitter in des Nachbarn Auge, aber nicht den Balken im eigenen‘“, sagte Putin.
Er bemerkte, dass die Einführung irgendwelcher Sanktionen in einseitiger Weise „die Probleme nicht lösen hilft, sondern sie erschwert“. Was die Lage der Landsleute in den Ländern des Baltikums betrifft, „so reden wir ständig darüber, machen die Behörden der baltischen Länder, darunter Lettlands, darauf aufmerksam“.
Putin sagte ferner, dass „man sich schwer vorstellen kann, dass in einer modernen zivilisierten Gesellschaft Hunderttausende Menschen zu ‚Nichtbürgern‘ erklärt wurden“.
„Es gibt keine solche Kategorie im Völkerrecht. Es gibt Bürger, es gibt Menschen mit zwei Staatsbürgerschaften, Menschen ohne Staatsbürgerschaft, aber der Begriff ‚Nichtbürger‘ hat nie existiert. Dieser Begriff ist erdacht, er ist in den baltischen Staaten ausgedacht worden, um die legitimen Rechte der Menschen zu begrenzen, die auf diesen Territorien leben“, erklärte der Staatschef.
Der Präsident betonte, dass Russland „hartnäckig seine Arbeit auch in dieser Richtung fortsetzen werde, aber so, um jenen Menschen, die auf diesen Territorien, in diesen Ländern leben, nicht zu schaden“.

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Streitkräfte der DVR zur Lage für den 7. Juni 2018

In den letzten 24 Stunden hat sich die Lage an der Kontaktlinie **etwas stabilisiert**. Die ukrainischen Kämpfer, die durch bittere Erfahrung gelernt haben, haben keine übereilten Handlungen zur Verringerung des Abstands zwischen den Positionen unternommen. Aber der Gegner hat trotz aller Bemühungen und nachdrücklichen Aufrufe der OSZE-Führung präzise Beschüsse auf Objekte der zivilen Infrastruktur unternommen.

So haben die ukrainischen Terroristen aus der 92. mechanisierten Brigade unter Kommando von Kokorjow gestern von den Positionen im Gebiet von Awdejewka zweimal mit 82mm-Geschützen zielgerichtet auf Stromleitungen im Jasinowataja-Bezirk der Republik geschossen. In der Folge dieses Beschusses wurde eine der Hochspannungsleitungen, die die **Donezker Filterstation** versorgen, beschädigt. Wieder ist die DFS derzeit durch die Schuld der ukrainischen Straftuppen ohne Strom. Durch die Anstrengungen der ukrainischen terroristischen Formationen wurden wieder Voraussetzungen für eine humanitären

Katastrophe geschaffen, sowohl in der Republik als auch auf von den Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte besetztem Territorium, dessen Bevölkerung sie angeblich verteidigen. Die bittere Statistik zeigt, je weiter sich die ukrainischen Kämpfer von friedlichen Bürgern entfernt befinden, desto mehr Sicherheit verspüren letztere. Außerdem hat der Gegner den **Jasinowataja-Bezirk** mit Granatwerfern und Schusswaffen, auch großkalibrigen, beschossen.

In Richtung Gorlowka wurde **Sajzewo** von den Positionen der ukrainischen Kämpfer aus auch mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **drei Fälle von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Es ist nicht überflüssig, auch an die 92. Brigade, die die DFS beschießt, zu erinnern, genauer an ihr Kommando, um zu begreifen, was das für Unmenschen sind, die das Genozid an der Bevölkerung des Donbass begehen. Diese bewaffneten Formationen sind vor kurzem bei Awdejewka als Ersatz eingetroffen. Aber das ist bei weitem nicht die erste Beteiligung der Kämpfer der 92. Brigade an der Aggression im Donbass. Zu einem großen Teil gehören zu ihren „Siegen“ nur die „Schutzgelderpressung“ bei Schmuggelware und „Abpressen“ von Besitz von Unternehmern. Der vorhergehende Kommandeur dieser Brigade, der Kriegsverbrecher Wiktor Nikoljuk, hat sich außer durch Morde an friedlichen Einwohnern noch durch die Liquidierung einer mobilen ukrainischen Antikorruptionsgruppe, die aus Mitarbeitern von Finanzdiensten und Freiwilligen bestand, die versuchten gegen die Ströme von Schmuggelware auf dem von Kiew besetzten Territorium zu kämpfen, im Jahr 2015 hervorgetan. Aber Nikoljuk gab ihnen nicht die Möglichkeit, seine verbrecherischen Einnahmen zu durchkreuzen, und plante Mord und stellte ihnen eine Falle. Das Strafverfahren wurde, wie es in der heutigen Ukraine geschieht, eingestellt und der Brigadekommandeur kam trocken aus dem Wasser.

Nachdem Wladimir Kokorjow Nikoljuk im Amt des Kommandeurs der 92. Brigade ersetzt hatte, gewöhnte er sich sehr schnell auf dem neuen Posten ein und setzte den „ruhmreichen“ Weg seines Vorgängers fort. Allgemeine Bekanntheit erlangte Kokorjow im Dezember des letzten Jahres, als er versuchte, während eines Saufgelages in der Sauna seinen Stellvertreter, der ihm nicht zum Tag der ukrainischen Streitkräfte gratuliert hatte, mit eigenen Händen zu töten. Tatsächlich war das nur ein Vorwand. Der neue Brigadekommandeur Kokorjow hielt seinen Stellvertreter einfach für einen überflüssigen „Esser“ in dem organisierten System zum Erhalt ungesetzlicher Einkünfte und versuchte deshalb ihn loszuwerden, um alle Finanzströme bei sich zusammenzuführen. Wegen des aufgekommenen Lärms in den ukrainischen Massenmedien zu diesem Fall wurde sogar versucht, Kokorjow wegen Mordversuchs strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Aber wie seinerzeit Nikoljuk kam auch sein würdiger Ersatz Kokorjow „trocken aus dem Wasser“.

Im allgemeinen denke ich, dass Sie wissen, dass es gerade die heutigen ukrainischen militärischen Formationen sind, auf die Poroschenko so stolz ist, in Reinform ist. Mord an denen, die sich mit ihnen „auf einer Seite der Barrikade“ befinden, ist für sie eine gewöhnliche Sache, was soll man dann über friedliche Bürger der Republik sagen, die die ukrainischen Kämpfer nicht als Menschen betrachten. Und das ist die Elite der Armee, das Offizierskorps der Ukraine!

Ich merke an, dass der Verbrecher Kokorjow von einem weiteren Kriegsverbrecher, dem Kommandeur der Besatzungskräfte General Najew, verstärkt gedeckt und geschützt wird. Er behütet ihn wie ein Huhn, das im goldene Eier legt, er gibt ihm regelmäßig Geldgeschenke, die er im Ergebnis seines erfolgreichen kriminellen Geschäfts erlangt hat. Wie wir sehen, die bewaffnete Formation, die ukrainische Streitkräfte genannt wird, ist eng mit der Kriminalität verbunden, sie hat diese teilweise sogar verdrängt und ihren Platz eingenommen.

Die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte schreiben weiterhin ihre Massenverluste ab, die sie im Mai bei Gorlowka erlitten haben. In diesem Zusammenhang wird das verlogene

Pressezentrum des Stabs der Besatzungskräfte noch lange Tote angeben, selbst dann, wenn beide Seite im GZKK eine vollständige Ruhe feststellen. Das ukrainische Kommando unter Leitung von Najew hat große Angst, seine riesigen Verluste zuzugeben, daher ist es gezwungen, sie zu verheimlichen. Dennoch wird der Betrug Najews gegenüber der Öffentlichkeit und der militärisch-politischen Führung der Ukraine ihn nicht vor der Absetzung retten. Der SBU sammelt systematisch kompromittierendes Material gegen ihn und seine verbrecherische Umgebung.

Dazu wurden in den letzten Wochen mehr als zehn Inspektionskommissionen zu verschiedenen Bereichen in den Verantwortungsbereich der 24. und 54. (jetzt 72.) Brigade geschickt. Unter anderem hat in der letzten Woche in diesem Gebiet eine Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte zur Analyse der Massenverluste der ukrainischen Streitkräfte bei Gorlowka gearbeitet. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass Najew seine Kampfhandlungen absolut nicht organisiert hat. Unter anderem verfügte das Personal nicht über das Wissen, wohin und auf welchen Wegen verletzte Kämpfer evakuiert werden sollen. Im Zusammenhang damit vergrößerte sich die Zahl der Verluste weiter, weil nicht rechtzeitig ärztliche Hilfe erfolgte. Außerdem zwang die Verwendung von Sanitätsfahrzeugen beim Schmuggeln in der 24. Brigade die Kommandeure dazu, zivile Krankenwagen zu verwenden, die ihrerseits nicht wussten, wo sie die Toten und Verletzten abholen sollten. Mehr noch, die Sanitätskompanien und -züge verfügen nicht über Arbeitsmaterial, die gesamte Technik ist veraltet und befindet sich in funktionsunfähigem Zustand. Es gibt nicht einmal Bordapotheken. Und mit einer solchen Herangehensweise hatte Najew vor, Gorlowka einzunehmen. All diese Schlüsse der Kommissionen werden eine negative Rolle im weiteren Schicksal des Kommandeurs der Besatzungskräfte Najew spielen.

Nach der unbedachten Veröffentlichung eine Fake-Mitteilung über die Einnahme von drei Mörsern im Hinterland der Streitkräfte der DVR, die das Pressezentrum des Stabs der „OOS“ im Mai herausgegeben hatte, haben die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte jetzt Angst, solche dummen Erklärungen offiziell herauszugeben. Dies hängt damit zusammen, dass sie gezwungen waren, für ihre Worte vor der OSZE-Mission geradezustehen und drei reale Mörser mit Nummern vorzulegen, sie von der Kontaktlinie an einen Abzugsort abzuziehen. Danach, als die ukrainischen Streitkräfte in der Patsche saßen und ihre leeren Worte nicht bestätigen konnten, beschlossen die ukrainischen Propagandisten akkurat zu handeln und Freiwillige mit geringer Reputation für ihre Spiele heranzuziehen. Um die es absolut nicht schade ist.

Beispielsweise hat gestern einer der beschränkten Speichelleckerfreiwilligen Najews eine Fake-Mitteilung abgegeben, dass die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte doch noch zu etwas in der Lage sind. Angeblich haben die ukrainischen Streitkräfte ein Maschinengewehr erbeutet. Übrigens sieht das auch dumm aus, wie auch die gestrige Geschichte des Pressezentriums des Stabs der „OOS“, dass ein Sanitäter der ukrainischen Streitkräfte angeblich allein einen Angriff zwei unserer Erkundungsgruppen aufgehalten hat. Es ist gut, dass die ukrainische Seite die Folgen ihrer dummen Mitteilungen nicht bedenkt. Jetzt wissen alle, dass es in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte viele Deserteure gibt, dass die vorderen Positionen verlassen sind, weil die ukrainischen Kämpfer von ihnen fliehen, deshalb sind die Kommandeure gezwungen, die Löcher mit Ärzten, Sanitätern und Reinigungskräften zu stopfen. So werden wir beim nächsten Mal vom Pressezentrum des Stabs der „OOS“ erfahren, dass irgendein Koch seine Kelle zur Seite gelegt und ein Maschinengewehr in die Hand genommen hat, um einen Panzerdurchbruch an der zweiten Verteidigungslinie zu stoppen.

In der Realität hat sich der ukrainische Freiwillige Mysjagin mit der Wäsche der im Lager von Prawdowka gestohlenen Waffen befasst. In dieser Zeit hat er eine undeutliche Aufnahme eines der Maschinengewehre gemacht. Um nicht für seine Worte gerade stehen zu müssen und um keine Schmuggelware aufzudecken, hatte der Freiwillige Angst, die reale Seriennummer des

Maschinengewehrs anzugeben. Wir schlagen den Mitarbeitern des SBU vor, sich für die Verbindungen der ukrainischen Freiwilligen mit dem Abtransport von gestohlenen Waffen aus der Kampfzone und deren unkontrollierten Verkauf durch diese auf dem Territorium der Ukraine zu interessieren.

de.sputniknews.com: **Awakow legt Pläne zur friedlichen „Befreiung“ des Donbass offen**

Die Ukraine kann demnächst die Kontrolle über die Gebiete Donezk und Lugansk wiederherstellen, ohne dabei die Armee und UN-Friedensstifter heranzuziehen. Das gab der ukrainische Innenminister Arsen Awakow am Donnerstag bei einem Rundtischgespräch in Kiew bekannt.

Für eine „Befreiung“ des Donbass sind ihm zufolge lediglich 2000 Angehörige der ukrainischen Sicherheitskräfte nötig.

„Wir haben die Hoffnung und Chancen, dass Wladimir Putin (Russlands Präsident — Anm. d. Red.) unter Druck der Völkergemeinschaft nachgeben wird, und dass wir unsere besetzten Gebiete zurückgewinnen werden. Höchstwahrscheinlich wird es sich um einen polizeilichen Einsatz ohne die Mitwirkung der Streitkräfte handeln“, zitiert die Agentur „Ukrainskije Nowosti“ Awakow.

Laut Awakow soll die „Befreiung des Donbass“ allmählich erfolgen – „mittels der Herstellung der ukrainischen Macht und der konsequenten Durchführung der Wahlen in jeder ‚befreiten‘ Ortschaft“, wird Awakow vom Portal „Korrespondent.net“ zitiert.

Die Rückgewinnung der Gebiete Donezk und Lugansk nach diesem Modell würde etwa eineinhalb Jahre in Anspruch nehmen.

Ferner teilte der Minister mit, dass rund 60 Prozent der Donbass-Bewohner laut einer aktuellen Umfrage in den von Kiew nicht kontrollierten Gebieten zum friedlichen Leben im Bestand der Ukraine zurückkehren wollten. Weitere 20 Prozent sollen sich für den Beitritt der Gebiete zu Russland ausgesprochen haben. Noch 20 Prozent hätten Angst vor einer möglichen Offensive der ukrainischen Armee.

Zuvor hatte der ukrainische Innenminister gesagt, dass Kiew die selbsterklärten Republiken stufenweise unter seine Kontrolle zurückbringen müsse, mit einer „Taktik der kleinen Schritte, denen alle applaudieren würden“. Es sei unmöglich, das gesamte Territorium des Donbass auf einmal zu reintegrieren, sagte er.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30303/11/303031135.jpg>

Dnrsovet.su: Der Vorschlag des Innenministers der Ukraine Arsen Awakow, Vertreter der DVR und der LVR wegen „Kollaboration“ zu verurteilen, widerspricht den Minsker Vereinbarungen und ist auf eine Erhöhung des Grads des Hasses gegenüber den Einwohnern des Donbass ausgerichtet, erklärte heute gegenüber Ria Nowosti der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Walerij Skorochodow.

Arsen Awakow hat vorgeschlagen, die Führung der DVR und der LVR sowie Bürger, die gegen die ukrainische Armee kämpfen, wegen „Kollaboration“ zu verurteilen. Zuvor hatte eine Reihe von Abgeordneten einen Gesetzesentwurf in die Oberste Rada der Ukraine eingebracht, der vorsieht, eine strafrechtliche Verantwortung für „Kollaboration“ einzuführen. In dem Dokument werden unter anderen Personen, die angeblich mit der RF zusammenarbeiten sowie „einen Handels- und Wirtschaftskrieg und einen informationspsychologischen Krieg“ gegen die Ukraine führen, genannt.

„Die provokative Erklärung Awakows ist auf eines ausgerichtet – eine Erhöhung des Grads des Hasses gegen die Einwohner des Donbass. Sein öffentliches provokatives Auftreten widerspricht in zynischer Weise den Minsker Vereinbarungen, in denen von der Annahme von Gesetzen gesprochen wird, die Personen, die in Zusammenhang mit dem Konflikt stehen, von Bestrafung, Verfolgung und Diskriminierung befreit sind, also diametral entgegengesetzte Dinge“, unterstrich Skorochodow.

Er merkte an, dass kein Einwohner der DVR ein Kollaborateur ist, weil sie ausschließlich im Interesse des Donbass und seiner Bevölkerung arbeiten.

„Derartige Drohungen von Seiten offizieller Persönlichkeiten der Ukraine verweisen ein weiteres Mal drauf, wer in diesem Konflikt der Aggressor ist“, fügte Walerij Skorochodow hinzu.

de.sputniknews.com: Putin äußert sich zu Abzug russischer Truppen aus Syrien
Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich bei dem heißen Draht zum Abzug von russischen Truppen aus Syrien geäußert.

Ein Einwohner aus dem Nordkaukasus fragte den russischen Präsidenten danach, wann die russischen Truppen vollständig aus Syrien abgezogen werden.

„Sie werden sich dort befinden, solange es nützlich für Russland ist und um unsere internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Wir planen bislang keinen Abzug dieser Einheiten“, antwortete der russische Präsident.

„Wir richten dort keine langfristigen Anlagen ein und bei Bedarf können wir alle unsere Militärs ziemlich schnell ohne materielle Verluste abziehen. Aber derzeit sind sie dort notwendig, sie meistern dort wichtige Aufgaben, darunter gewährleisten sie die Sicherheit Russlands in dieser Region, um unsere Interessen im Wirtschaftsbereich zu sichern“, erläuterte er.

Russlands Präsident verwies darauf, dass die zwei russischen Stationierungspunkte in Hmeimim und Tartus keine Militärstützpunkte seien, weil es dort keine langfristigen Anlagen gebe.

Der russische Staatschef betonte dabei, dass sich die Erfahrung aus dem Einsatz der Streitkräfte nicht mit der von Militärübungen messen könne. Leider sei das mit Verlusten verbunden. Russland werde dies nie vergessen und den Familien der ums Leben gekommenen Militärs helfen.

Darüber hinaus sagte Putin, dass auch Russen an der Seite von Terroristen gekämpft hätten, deswegen sei die Mission der russischen Streitkräfte so wichtig, weil man den Terror auf dem syrischen Territorium besiegen müsse, damit die Kämpfer mit Waffen in ihren Hände nicht ins Heimatland zurückkehren können.

Dnr-online.ru: Mitteilung der Vertretung der DVR im GZKK

Heute, am 7. Juni, wurde das Personal der DFS mit Unterstützung einer Patrouille der OSZE-Mission evakuiert und die Station stillgelegt.

Die diensthabende Schicht ist jetzt evakuiert, vom Territorium der DVR wurden Chlor und andere gefährliche Stoffe abtransportiert, das Verwaltungsgebäude ist versiegelt.

de.sputniknews.com: Schweden genehmigt Bau von Gaspipeline Nord Stream 2

Die schwedische Regierung hat dem Antrag des Unternehmens Nord Stream 2 AG zur Verlegung einer Gaspipeline aus Russland nach Deutschland auf dem Boden der Ostsee stattgegeben. Dies teilte der schwedische Minister für Industrie und Innovationen, Mikael Damberg, bei einer Pressekonferenz am Donnerstag mit.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung von zwei Pipelinesträngen mit einer Jahresgesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern vor. Die Stränge sollen parallel zur bereits bestehenden Gaspipeline Nord Stream von der russischen Ostseeküste bis nach Deutschland verlaufen.

Ende März wurde von Deutschland und im April von Finnland eine Baugenehmigung für Nord Stream 2 erteilt.

Gegen das Pipeline-Projekt machen mehrere Länder Front. Dazu gehören die Ukraine, die um ihre Einnahmen aus dem Transit russischen Gases bangt, und die USA, die ambitionierte Pläne zum Export von Flüssiggas nach Europa hegen.

Lug-info.com: Von den sechs beim Beschuss eines Linienbusses in Golubowksoje durch die ukrainischen Streitkräfte verletzten Personen, müssen zwei stationär behandelt werden: ein 19 Jahre alter jungen Mann mit einer Gehirnerschütterung und Splitterverletzungen im Gesicht und am Augapfel. Die zweite Verletzte erlitt Splitterverletzungen am Ellenbogengelenk. Ihr Zustand ist relativ zufriedenstellend, mittelmäßig, teilte die medizinische Leiterin des zentralen Stadtkrankenhauses von Kirowskoje Lidija Kornienko mit.

Die übrigen Verletzten wurden ambulant behandelt, sie haben kleine Splitterverletzungen an den Augen und wollten nach Hause gehen und weiter ambulant behandelt werden.

de.sputniknews.com: Putin verspricht „absolute Revolution“ der Telekommunikationen
Russland wird in den nächsten Jahren laut Präsident Wladimir Putin 600 neue Satelliten und eine superschwere Weltraumrakete ins All starten. Damit stellt der Präsident einen „Durchbruch“ in der Raumfahrt und eine „Revolution“ im Bereich der Telekommunikationen in Aussicht.

„Das neue Programm ‚Sphäre‘ sieht den Start von mehr als 600 Satelliten für Navigation, Erdsondierung und Kommunikation in den nächsten Jahren vor“, sagte Putin am Donnerstag während seiner TV-Fragestunde. „Das wird ein echter Durchbruch sein.“

Durch die Maßnahmen soll die Qualität der Kommunikation steigen, und die Kommunikation selbst soll billiger werden. „Das könnte zu einer absoluten Revolution im Bereich der Telekommunikationen führen“, sagte Putin.

Ein weiterer Meilenstein wird zum Jahr 2022 mit dem Test einer neuen superschweren Trägerrakete angepeilt.

„Wir haben gute Programme zur Erforschung des fernen Weltraums. Bis zum Jahr 2022 soll erstmals eine superschwere Rakete unbemannt getestet werden. Ab 2024 sollen bemannte Apparate zum Einsatz kommen“, erklärte Putin. Darüber hinaus arbeite Russland mit den USA an einer gemeinsamen Venus-Mission.

dnr-news.com: Putin wies an, den Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft für die Bewohner der LVR und DVR zu erleichtern

Der Präsident der RF Wladimir Putin forderte eine Vereinfachung des Erwerbs der russischen

Staatsbürgerschaft. Es geht vor allem um die Menschen, die „eng mit der Russischen Welt“ verbunden sind und Russisch sprechen. Diese Erklärung wurde im Verlauf des „Heißen Drahts“ als Antwort eines Appells von Flüchtlingen aus dem Donbass abgegeben. „Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir generell den Weg der Liberalisierung bei allem gehen sollten, was mit der Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft verbunden ist. Dies hat sowohl eine humanitäre als auch eine ökonomische Dimension“, sagte der russische Präsident. Putin wandte sich an den Innenminister Wladimir Kolokolzew, in dessen Aufgabengebiet der Migrationsdienst fällt. Laut dem Präsidenten „benötigen die Menschen Hilfe“.

Ukrinform.ua: Verurteilung von Suschtschenko in Moskau: Ukrainisches Parlament will Freilassung des Journalisten und neue Sanktionen gegen Russland
Die Werchowna Rada der Ukraine hat von Russland die Freilassung des ukrainischen Journalisten Roman Suschtschenko gefordert. In einer Resolution verurteilte das Parlament das Urteil des Moskauer Stadtgerichts im Fall Suschtschenko und protestierte gegen diese rechtswidrige Entscheidung. Die Abgeordneten forderten von Russland, Verletzung der Rechte und Freiheiten der Menschen sofort zu stoppen, das Urteil im Fall Suschtschenko aufzuheben, ihn freizulassen und seine Rückkehr in die Ukraine zu gewährleisten. Der Scheinprozess gegen den Journalisten sei eine Fortsetzung der politisch motivierten Verfolgungen der ukrainischen Bürger. Die Werchowna Rada hat die Weltöffentlichkeit aufgerufen, die aggressive Politik Russlands zu verurteilen, den Druck auf Russland zu erhöhen, um die Freilassung von politischen Häftlingen aus der Ukraine zu erwirken. Die Parlamentarier wandten sich an andere Länder der Welt, neue Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Das Moskauer Stadtgericht hat den Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Ukrinform Roman Suschtschenko wegen Spionage zu zwölf Jahren Lagerhaft verurteilt.

de.sputniknews.com: Putin über Verhaftung von Wyschinski in Ukraine: Beispiellos und unzulässig
Der Leiter des Portals Ria Novosti Ukraine, Kirill Wyschinski, ist in der Ukraine wegen seiner Berufstätigkeit verhaftet worden, was beispiellos und unzulässig sei, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag während der Fragestunde. Wyschinski „wurde wegen seiner unmittelbaren Berufstätigkeit in der Ukraine, wegen der Ausübung seiner Funktion als Journalist festgenommen und verhaftet. Das ist eine durchaus beispiellose und durchaus unzulässige Politik der heutigen ukrainischen Machthaber. Sie muss in der Reaktion der Journalistengemeinschaft und der internationalen Menschenrechtsorganisationen einen gebührenden Niederschlag finden“, so Putin. Kirill Wyschinski, Chefredakteur der Nachrichtenagentur Ria Novosti Ukraine, war am 15. Mai vor seiner Wohnung festgenommen worden. In der Nacht wurde er aus Kiew in die südukrainische Hafenstadt Cherson in ein Sondergefängnis gebracht. Ihm wurde Landesverrat vorgeworfen. Als Beweis für die Anschuldigungen soll, entgegen allen rechtlichen Normen, seine Arbeit als Journalist dienen. Gegen Wyschinski sind sechzig Tage Haft ohne Kaution verhängt worden. Laut Putin hat Russland noch nicht daran gedacht, Wyschinski gegen den Regisseur Oleg Sensow auszutauschen. „Was (...) Herrn Sensow betrifft, so wurde er auf der Krim festgenommen, und zwar nicht wegen einer journalistischen Betätigung, sondern wegen der Vorbereitung eines Terroranschlags, einer Explosion, in deren Folge konkrete Menschen hätten zu Schaden kommen können. Das sind ganz verschiedene Sachen, die nicht miteinander verglichen werden können. Deshalb haben wir noch nicht daran gedacht“, sagte Putin auf die Frage, ob

die Möglichkeit erwogen werde, Wyschinski gegen Sensow auszutauschen. Sensow war vom russischen Gericht zu 20 Jahren Straflager wegen Terrorismus verurteilt worden.

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik im Zusammenhang mit dem Beschuss von Golubowskoje

Heute, am 7. Juni 2018, hat die ukrainische Seite ein weiteres barbarisches Verbrechen gegen friedliche Bürger der LVR begangen. Um 10:30 haben die ukrainischen Truppen Golubowskoje im Kreis von Kirowskoje mit Mörsern beschossen. In der Folge dessen erlitten friedliche Einwohner – Passagiere eines Linienbusses – verschiedene Arten von Verletzungen. Ich bringe mein Mitgefühl mit allen Verletzten zum Ausdruck und wünsche schnellstmögliche Gesundung.

Dieser tragische Vorfall wurde aufgrund systematischer Verletzung der Minsker Vereinbarungen durch die Kiewer Truppen möglich.

Vertreter der LVR und internationale Beobachter stellen seit langer Zeit das Fehlen schwerer Technik und verbotener Waffen der ukrainischen Streitkräfte in den ständigen Lagerorten und deren Konzentration in unmittelbarer Nähe der Abgrenzungslinie fest.

Der Beschuss friedlicher Städte der LVR von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde von Vertretern der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination festgestellt.

Ich zweifle nicht daran, dass alle Verbrechen, die gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass begangen werden, früher oder später eine rechtliche Bewertung erhalten werden und Schuldigen bestraft werden.

de.sputniknews.com: Aussetzer im System: Scotland Yard entlarvt kolossale Lüge im Fall Skripal

Jetzt müssen die Briten nur noch eine Frage beantworten: Was kann Russlands Führung von Skripal eigentlich wollen, wenn sie ihn freiwillig hat in den Westen ziehen lassen? Bleibt die Antwort aus, wird der Vorfall von Salisbury vollends absurd.

5.368.322 Zeugen wurden befragt, einschließlich der Meerschweinchen und anderer Haustiere in Salisbury und allen Kommunen im Umkreis von 300 Kilometern – auch in London.

132.435 Fahrzeuge wurden geprüft, einschließlich der Tretroller, Fahrräder und Touristenkutschen. 26.312 Hausdurchsuchungen wurden vorgenommen, auch in verlassenem Scheunen und Schwalbennestern. 497.645 Stunden Videomaterial wurden gesichtet, einschließlich der Heimvideos der Dorfbewohner. 21.768 Gutachten wurden erstellt, auch über die unteren Boden- und die höheren Ozonschichten. Etwa so könnte ein weiterer Bericht der Ordnungshüter zum Fall Skripal, sagen wir, in fünf Jahren aussehen.

Doch auch der jetzige Bericht von Scotland Yard beeindruckt und imponiert teils sogar durch die Fülle an überwältigenden Zahlen. Die machen ihrem Ruf halt alle Ehre: Auf der Suche nach der Wahrheit durchwühlen die gar den Boden mit der eigenen Nase. Hier eine kurze Bilanz dessen, was bislang geleistet wurde.

176 Hausdurchsuchungen fanden statt. Rund 1.000 Zeugenaussagen wurden eingeholt. Circa 4.000 Stunden Aufnahmematerial von Überwachungskameras wurden gesichtet. 14.000 Autos und 2.500 Fußgänger wurden untersucht. 2.300 Beweisstücke wurden sichergestellt. 190 Labortests wurden durchgeführt. Rund 400 Adressen wurden überprüft. Neben 250 Ermittlern waren Mitarbeiter eines ganzen Dutzends von Behörden mit dieser Sisyphus-Arbeit beschäftigt. Über 1.200 Beamte aus 40 Dienststellen waren an dem Polizeieinsatz beteiligt. Es wird auch berichtet, dass der erste Wachtmeister, der auf den Notruf reagiert hatte, nach zwei Wochen schon gesund und munter aus dem Krankenhaus entlassen wurde. So, wie die Skripals selbst. Und das, nach dem sie mit einem lebensgefährlichen Kampfstoff in Berührung gekommen waren ... Alles in allem finden Ermittlungen in einem Umfang statt,

dass keine einzige Nadel in den vielen Heuhaufen übersehen wird.

Und doch ist es merkwürdig: Russland oder überhaupt eine „russische Spur“ wird im Bericht von Scotland Yard kein einziges Mal erwähnt. Wie kann das nur sein, nach all den kolossalen Anstrengungen? Könnte man es hier mit einer geheimen kriminellen Kreml-Verbindung zu tun haben, die eigener Ermittlungen bedarf? Hat denn der Kreml alle britischen Ermittler und Experten gekauft? Denn die halten sich offensichtlich nicht an die vorgegebene Linie und handeln der offiziellen Position der britischen Führung zuwider, die ja flugs und wortreich Moskau der Vergiftung beschuldigt hatte. Dies tat London noch lange danach – wie eine lästige Mücke, die sich nicht vertreiben lässt. Jetzt ist die Mücke zwar irgendwie verstummt, kommt aber ganz bestimmt wieder.

Die Mitarbeiter von Scotland Yard haben Theresa May und Boris Johnson im Grunde einen Bären dienst erwiesen – wie auch all den anderen Verfechtern der Idee von der Schuld Moskaus an dem eilig zusammengeschusterten Fall Skripal. Sie haben deren überaus zahlreiche Erklärungen zu diesem Thema entwertet. Nach gerechten Göttern, die durch Blitzschläge strafen, sieht die britische Führung nunmehr nicht aus – nach einem selbstgerechten Demagogen aber schon.

Die größte Frage, die die britischen Ermittler jetzt beantworten müssen, ist: Was kann Russlands Führung von Skripal eigentlich wollen, wenn sie ihn freiwillig hat in den Westen ziehen lassen? Dabei muss die Antwort mehr als überzeugend und mehr als ausführlich ausfallen, was ein großes Problem ist. Allerdings hat die britische Führung dies schon getan, indem sie sich entgegen allen denk- und undenkbar Regeln der Funktion des höchsten Gerichts selbstermächtigt hat. Die Fachleute und Ermittler sollten deshalb besser schweigen, mit ihren Schlussfolgerungen abwarten und sich stattdessen auf Berichte zum Stand der Ermittlungen konzentrieren, mit all den üppigen technischen Details.

de.sputniknews.com: **Diese Vorteile bringt Krim-Brücke Russland – Kiew**

Der Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Alexander Turtschinow, hat am Donnerstag bei einem Expertenforum in Kiew über jene Vorteile berichtet, die Russland seiner Ansicht nach durch die Inbetriebnahme der Brücke über die Straße von Kertsch bekommen wird.

Laut Turtschinow hat es der Bau der Verkehrsader Russland ermöglicht, sein Militärpotential auszubauen und eine „starke Militärinfrastruktur“ entlang der Grenze zur Ukraine zu schaffen. „Das ist sehr gefährlich – die Einrichtung der Krim-Brücke gestattet es, das Militärkontingent auf der Krim deutlich schneller auszubauen“, zitiert die Agentur UNIAN Turtschinow. Ukrainische Politiker konnten sich bisher nicht entscheiden, wie sie sich gegenüber der Krim-Brücke verhalten sollten.

So hatte der sogenannte bevollmächtigte Vertreter des ukrainischen Präsidenten auf der Krim, Boris Babin, zuvor von „zahlreichen Problemen“ und „unumkehrbaren Folgen“ gesprochen, die aus dem Betrieb der Krim-Brücke resultieren würden. „Probleme gibt es bereits. So wirkt sich die Brücke negativ auf die Handelsschifffahrt aus“, sagte Babin.

Nach der Inbetriebnahme der Krim-Brücke drohte der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Igor Mossijtschuk, mit der Zerstörung der Brücke, die er als „feindliche Infrastruktur“ bezeichnete. Er hätte dies ohne weiteres getan, wäre er Verteidigungsminister gewesen. Der Föderationsrat (russisches Oberhaus) bezeichnete Mossijtschuks Äußerungen als „Hysterie vor dem Hintergrund der Erfolge Russlands“. Die 19 Kilometer lange Krim-Brücke, die die Halbinseln Krim und Taman miteinander verbindet, war am 16. Mai für den Autoverkehr freigegeben worden — um ein halbes Jahr früher als geplant. Es handelt sich um die längste Brücke in Russland und ganz Europa.

Abends:

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat sich verschärft**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Straftruppen fünfmal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Von Seiten der ukrainischen Verbrecher wurden die Gebiete von **Donezkij, Pankowka, Kalinowo, Losowoje und Molodjoshnoje** beschossen.

Die Beschüsse erfolgten von den Positionen der 14., 53. und 72. Brigade unter Kommando der Verbrecher Shakun, Grusewitsch und Wojschtenko.

Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Terroristen 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 20 Geschosse abgeschossen.

Und heute haben die Straftruppen mit 82mm-Mörsern Golubowskoje beschossen. In der Folge einer Detonation eines Mörsergeschosses in der Nähe eines Linienbusses wurden sechs friedliche Einwohner verletzt. Geschossen wurde aus Richtung Nowotoschkowskaja auf Befehl des Kommandeurs der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Grusewitsch. Dies bestätigt ein weiteres Mal, dass die verbrecherische Kiewer Führung nicht die Absicht hat, die übernommenen in Minsk übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen und zielgerichtet friedliche Bürger der Volksrepubliken beschießt.

Die Fälle militärischer Aggression von Seiten der Ukraine stellen auch internationale Beobachterorganisationen systematisch fest, aber das Kommando der ukrainischen Besatzer unternimmt keine wirksamen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der friedlichen Einwohnern – Bürger der Ukraine. Sie sind unschuldige Opfer der gewaltsamen Ausschreitungen der ukrainischen Truppen geworden.

So ist im täglichen Bericht der OSZE-Mission, der am 6. Juni 2018 veröffentlicht wurde, eine Information über einen 61jährigen Mann, der in der Umgebung von Debalzewo lebt, erschienen, der am 2. Juni mit einer Schusswunde ins Krankenhaus von Swetlodarsk, auf von Kiew kontrolliertem Territorium kam. Nach den Worten des Betroffenen erlitt er die Schussverletzung, als er zu Fuß die Kontaktlinie im Gebiet von Swetlodarsk überquerte. Der Schuss erfolgte aus Richtung der Positionen der ukrainischen Streitkräfte.

Ich möchte daran erinnern, dass Beschüsse friedlicher Bürger ein Kriegsverbrechen und ein direkter Verstoß gegen das Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention vom 8. Juni 1977 sind, das festlegt, dass die Zivilbevölkerung kein Angriffsobjekt sein darf.

Außerdem verfügen wir über Informationen, dass im Zeitraum vom 1. bis 18. Juni 2018 Vertreter von 16 ukrainischen Informationsagenturen ihre Arbeit im Gebiet der Operation der Besatzungskräfte begonnen haben, um Informationen zur Diskreditierung der Führung der Volksrepubliken im Medienraum zu sammeln. Im Zusammenhang damit schließen wir nicht aus, dass die ukrainischen Truppen Maßnahmen durchführen, um unsere Soldaten zur Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu provozieren, um dies in der Folge durch ukrainische Massenmedien festhalten zu lassen.

de.sputniknews.com: Putin verspricht weitere Waffen-Premieren

Drei Monate nach seiner spektakulären Rede zur Lage der Nation verspricht der russische Präsident Wladimir Putin der Öffentlichkeit, demnächst weitere neuartige Entwicklungen vorzustellen.

In seiner Ansprache am 1. März habe er längst nicht alle Neuheiten preisgegeben, sagte Putin am Donnerstag in seiner TV-Fragestunde mit Landsleuten. Auch jetzt wäre es noch verfrüht,

darüber zu sprechen. „Denn es muss noch etwas Planmäßiges erledigt werden.“

„Aber bald wird es soweit sein“, versprach der Kremlchef.

In seiner Rede im März hatte Präsident Putin neue strategische Waffen vorgestellt, die der Öffentlichkeit bis dahin unbekannt waren und die ihm zufolge keine Konkurrenz in der Welt haben. Dabei handelte es sich um einen atomgetriebenen Marschflugkörper, eine Atomrakete mit „unbeschränkter Reichweite“ und eine „Feuerkugel“ mit 20-facher Schallgeschwindigkeit.

Manche Experten bezweifelten, dass die vorgestellten Waffen tatsächlich existieren. Am heutigen Donnerstag beteuerte Putin, dass viele dieser Waffen sogar schon im Dienst der russischen Streitkräfte stünden.

[Ukrinform.ua: Turtschynow: Private Firmen dürfen bald Waffen exportieren und importieren](#)
Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine will den Export und Import von Waffen für private Firmen erlauben. Ein entsprechender Beschluss wird vorbereitet, sagte Sekretär des Rates Olexandr Turtschynow beim 9. Nationalen Expertenforum in Kiew. Das berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Turtschynow erwartet den Beschluss in naher Zukunft. Die Waffenhersteller bekommen das Recht, Waffen und Rüstung zu exportieren, unabhängig davon, ob es um staatliche oder private Waffenhersteller handelt, sagte Turtschynow. Ihm zufolge werde dieser Schritt den ukrainischen militärisch-industriellen Komplex stärken. Die Kontrolle von Waffengeschäften durch den Staat „bleibt genug stark“.

[de.sputniknews.com: Putin: „Haben EU, Mexiko und Kanada die Krim annektiert?“](#)

Die Strafzölle der USA auf Stahl und Aluminium sind laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nichts anderes als Sanktionen gegen die EU, Mexiko und Kanada. Er fragte sich zugleich, wofür diese Länder eigentlich bestraft würden.

„Die Verhängung von Strafzöllen auf Stahl und Aluminium nicht nur aus Europa, sondern auch aus Kanada und Mexiko – das sind im Grunde genommen Sanktionen, nur anders formuliert. Das ist auch tatsächlich so, aber wofür? Haben sie etwa die Krim annektiert?“, sagte Putin bei der direkten Fragestunde am Donnerstag.

Washington hatte am 1. Juni Strafzölle auf Stahl und Aluminium aus Europa, Kanada, Mexico und anderen Ländern eingeführt. US-Präsident Donald Trump hatte den zollfreien Handel als „dumm“ bezeichnet und betont, dass sich andere Länder zu den USA im Handelsbereich „endlich fair verhalten sollten“.

Die EU-Kommission hat ihrerseits Gegenmaßnahmen angekündigt. Ab 1. Juli erhöht Brüssel die Importzölle auf verschiedene Warengruppen aus Übersee um zehn bis 50 Prozent. Dabei geht es unter anderem um Lebensmittel, Whiskey, Tabak, Kleidung usw.

[dnr-news.com: „Nach dem Donbass-Szenario“: Die Rada spricht über den Verlust der Kontrolle über Odessa](#)

Die ukrainischen Abgeordneten wandten sich an den Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine Alexandr Turtschinow mit der Forderung, dringend Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Verlust der „Pro-ukrainischen Kontrolle“ in Odessa zu ergreifen. Dies berichtet der Rada-Abgeordnete Igor Luzenko auf seiner Facebook-Seite. Der ukrainische Abgeordnete erklärte, dass der „Terror“ gegen anti-russische Aktivisten in der Stadt „beispiellose Maßstäbe“ annimmt. Nach Luzenkos Worten unterstützen die Behörden Odessas die pro-russischen Aktionen und die lokalen anti-ukrainischen Organisationen.

„Wir verlieren Odessa nach dem gleichen Szenario wie den Donbass“, sagte Luzenko. Er wandte sich auch an Turtschinow mit der Bitte, eine Sitzung des NSVR einzuberufen

angesichts der Situation in Odessa, da der Verlust der Kontrolle über die „drittgrößte historisch ukrainische Stadt“ eine direkte Bedrohung der nationalen Interessen der Ukraine bedeutet.

de.sputniknews.com: **Hinter der Krim-Brücke: Ukraine verstärkt Schutz von Hafenzentren**

Das Asowsche Meer ist für die Ukraine strategisch wichtiger als für Russland. Die beiden Hafenzentren Berdjansk und Mariupol sind für Kiew unverzichtbare Verkehrsknoten: Ukrainische Exporte – Stahlerzeugnisse etwa – verlassen das Land zum großen Teil auf diesem Wege. Die Ukraine verstärkt nun ihr Militär zum Schutz dieser Handelsroute. Im Jahr 2003 hatten Moskau und Kiew Regeln zur Vermeidung von Zwischenfällen im Asowschen Meer vereinbart. Die freie Fahrt für zivile und militärische Schiffe in dem Nebenmeer zählt zu diesem Regelkatalog. Bis zum Umsturz in der Ukraine wurde die Vereinbarung von beiden Seiten im Großen und Ganzen auch eingehalten. Kleinere Zwischenfälle kamen immer wieder mal vor. Doch die Situation blieb im Allgemeinen verhältnismäßig ruhig. Seit der Eröffnung der Krim-Brücke spitzt sich die Lage jedoch zu. Es häufen sich Fälle, dass ukrainische Grenzsicherer Schiffe in Sektoren anhalten, die laut der Vereinbarung von 2003 als russisch gelten. Der bekannteste Fall ist die Festsetzung des Fischkutters „Nord“ samt der gesamten Besatzung am 25. März. Die Ukrainer behaupteten, das Schiff habe sich in ukrainischen Gewässern – einem 12-Meilen-Streifen entlang der ukrainischen Küste – aufgehalten. Später räumte der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU zwar ein, die russischen Fischer hätten sich außerhalb dieser Zone befunden, doch eine Lösung des Problems ist nicht in Sicht.

Moskau hat versucht, die Besatzung des Fischereischiffs auf diplomatischem Wege freizubekommen, Kiew aber schiebt die Lösung unter allen möglichen rechtlichen Vorwänden immer wieder auf. Offensichtlich will Moskau nicht länger warten und ergreift Maßnahmen im Alleingang.

Panzerbootpolitik

Seit 30. April lässt Moskau die in der Straße von Kertsch durchfahrenden Schiffe stärker kontrollieren. Seit Mitte Mai hält der russische Grenzschutz nicht nur Schiffe an, die die ukrainischen Häfen ansteuern, sondern auch solche, die das Asowsche Meer verlassen. Im Grunde wird die ukrainische Schifffahrt dadurch in die 12-Meilen-Zone zurückgedrängt. In dieser Situation hat Kiew angefangen, sein Militär im Asowschen Meer zu verstärken. So sind unlängst Pläne der ukrainischen Führung bekannt geworden, gepanzerte Schnellboote der Gjurja-Klasse in die Region zu verlegen. Russische Experten haben diesen Schiffstyp zwar scharf kritisiert, doch beim Einsatz im Asowschen Meer sind diese Wasserfahrzeuge durchaus ernst zu nehmen – seetauglich genug sind sie jedenfalls.

Der größte Trumpf der Gjurja-Klasse ist deren geringe Höhe: Die Schnellboote fahren quasi unter dem Radar. Angehörige der russischen Marine berichteten, bereits häufiger mit dem Problem konfrontiert worden zu sein, dass die ukrainischen Boote unvermittelt in der Nähe russischer Kampfschiffe auftauchten. Bewaffnet ist die Gjurja-Klasse mit 30-mm-Maschinenkanonen und Panzerabwehrraketen vom Typ „Barrier“. Ihre größte Schwachstelle aber ist, dass sie keinerlei Flugabwehrsysteme an Deck haben.

Die ukrainischen Bootsbauer haben derzeit sechs dieser Schnellboote vom Stapel gelassen. Zwei davon sind inzwischen an die Marine übergeben worden, vier befinden sich noch in der Testphase. Zwei Gjurja-Boote könnten danach ins Asowsche Meer entsandt werden. Nicht auf dem Wasserweg – so viel ist klar. Aber deren Abmessungen ermöglichen auch den Transport mit einem An-124-Frachter oder mit der Bahn.

„Gjurja“ gegen „Schmel“

In der Gegend der Krim-Brücke sind russische Panzerboote der Schmel-Klasse gesichtet worden. Zuvor hatten sie dem Kanonenschiffsverband der Kaspischen Flottille angehört, jetzt

patrouillieren drei dieser Schnellboote in der Straße von Kertsch. Die Schmel-Klasse ist natürlich ein sehr alter Bootstyp. Ihre Hauptwaffe ist die 76-mm-Bordkanone, Maschinengewehre Kaliber 25 mm ergänzen die Bewaffnung.

Wie ein Duell zwischen der ukrainischen Grjusa- und der russischen Schmel-Klasse ausgehen würde, ist schwer vorherzusagen. Das ukrainische Schnellboot verfügt über modernere Waffen, dafür ist das russische stärker gepanzert und verfügt über eine ansehnliche Manövrierfähigkeit. Der schlimmste Gegner der Grjusa sind aber gar nicht die Schmel, sondern die russischen Kampfhubschrauber, die in der Hafenstadt Jeisk stationiert sind. Die russischen Mi-28, Mi-35M und Ka-52 können den russischen Patrouillen im Asowschen Meer jederzeit Luftunterstützung geben. Und bei Bedarf versenken sie die ukrainischen Schnellboote mit links.

de.sputniknews.com: FIFA: Russland zu 100 Prozent zu WM 2018 bereit

Der Präsident der Internationalen Fußball-Föderation (FIFA), Gianni Infantino, hat erklärt, dass Russland zur Austragung der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 vollständig bereit sei. Seine Worte zitiert der Pressedienst der Föderation.

Der FIFA-Präsident Gianni Infantino hat eine Woche vor dem Auftakt zur Fußball-WM dem Gastgeber ein erstes Lob ausgesprochen — Russland sei zu 100 Prozent bereit.

„Ich denke, dass wir heute, eine Woche vor dem Beginn der Weltmeisterschaft, sagen können: Russland ist zu 100 Prozent zu ihrer Austragung bereit. Die ganze Welt wird sehen, was für ein gastfreundliches Land das ist, wie exzellent alles organisiert ist. Uns erwarten unvergessliche Erlebnisse“, so Infantino.

Dem fügte er hinzu, dass er „wegen der möglichen Diskriminierungsfälle oder der Sicherheit während der WM nicht besorgt ist, obwohl es offensichtlich ist, dass wir äußerst ernsthaft an die Sache herangehen“. „Die Referees können die Spiele unterbrechen, es gibt ein Monitoring-System, Sanktionen für Verstöße, und alle sind informiert, was im Fall der Verstöße passiert.“

Bis zum Start der WM ist eine Woche geblieben. Die russische Fußballmannschaft wird zum Eröffnungsspiel mit Saudi-Arabien im Moskauer Stadion „Luschniki“ antreten.

Die Fußball-Weltmeisterschaft wird in 11 Städten Russlands ausgetragen und geht am 15. Juli zu Ende.

de.sputniknews.com: **Nach Ausweisung russischer Diplomaten im Fall Skripal: Berlin wartet auf Beweise**

Die Bundesregierung hat bislang keine Beweise aus London zum Fall Skripal erhalten. Die deutschen Nachrichtendienste haben keine Erkenntnisse, dass Russland für den Giftanschlag verantwortlich sein könnte, schreibt die „Tagesschau“ in ihrer Online-Ausgabe (Donnerstag). Nach jüngsten Erkenntnissen haben die Briten der Bundesregierung bis heute keine Beweise präsentiert, die belegen würden, dass Russland für den Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia verantwortlich ist. Bisher wisse man lediglich, dass es sich bei dem Gift um Nowitschok gehandelt habe — ein chemischer Kampfstoff, der in der Sowjetunion produziert worden war.

Laut rbb-Informationen hätten auch die deutschen Nachrichtendienste keine Erkenntnisse aus eigenen Quellen gewonnen, die einen solchen Rückschluss zuließen, so die Zeitung.

„Nach Julia Skripal hat mittlerweile auch ihr Vater Sergej das Krankenhaus wieder verlassen. Julia gab in den vergangenen Tagen in Großbritannien eine kurze Stellungnahme vor der Kamera ab: Sie finde es immer noch schwer zu glauben, dass sie und ihr Vater auf diese Weise angegriffen wurden. Ihre Genesung sei langsam und schmerzhaft gewesen“, hieß es in dem Beitrag.

Der Fall Skripal habe eine dramatische Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen

zwischen Russland und westlichen Staaten zur Folge. „Nachdem die britische Regierung erklärt hatte, sie sei überzeugt, dass Russland für den Giftanschlag auf Skripal und seine Tochter verantwortlich sei, waren über 140 russische Diplomaten aus insgesamt 26 europäischen Ländern, den USA, Kanada und der NATO ausgewiesen worden — ein in dieser Größenordnung einzigartiger Vorgang“, schrieb das Blatt.

Auch Deutschland habe vier russische Diplomaten ausgewiesen. Im Gegenzug habe Russland Diplomaten aus diesen Ländern in gleicher Zahl zu unerwünschten Personen erklärt.

„Dass das Gift sich nicht nur in Russland befand, wurde durch einen Medienbericht bekannt: NDR, WDR, ‚Süddeutsche Zeitung‘ und ‚Die Zeit‘ hatten berichtet, dass ein russischer Wissenschaftler in den 1990er Jahren dem Bundesnachrichtendienst (BND) eine Nowitschok-Probe angeboten hatte.“

„Jenseits der Tatsache, dass das Gift als Nowitschok identifiziert wurde, gibt es keine Spur, die nach Russland führt, geschweige denn in den Kreml. Die Entscheidung, sich an der Ausweisung russischer Diplomaten zu beteiligen, erscheint damit mehr als fragwürdig“, hieß es...

de.sputniknews.com: St. Petersburg: Britisches Generalkonsulat nach 26 Jahren geschlossen
Das Generalkonsulat Großbritanniens in St. Petersburg hatte am heutigen Donnerstag seinen letzten Arbeitstag – die Vertretung ist nun offiziell geschlossen. Dies teilte der britische Botschafter in Russland, Laurie Bristow, mit.

Der letzte Empfang habe im Konsulat vor mehreren Tagen stattgefunden. Anlass sei der Geburtstag der britischen Königin Elizabeth II. gewesen.

„Das Generalkonsulat hat Großbritannien in der nordwestlichen Region Russlands 26 Jahre lang vertreten. Leider neigt sich dieses Kapitel dem Ende zu“, sagte Bristow. „Das war nicht unsere Entscheidung“, fügte er hinzu.

Die russisch-britischen Beziehungen erleben laut dem Diplomaten derzeit nicht die beste Zeit: „Nach der Attacke in Salisbury mussten wir unser Verhältnis zur russischen Regierung überdenken. Das hat zu bestimmten Folgen geführt.“

Der „Fall Skripal“ hat die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien schwer belastet. London machte Moskau ohne jeglichen Beweis für den Anschlag verantwortlich....